

Antrag A 1

Antragssteller*in: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Berlin bleibt anders

Wir stehen neun Monate vor den Wahlen zum Deutschen Bundestag, dem Berliner Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen. Die Berlinerinnen und Berliner werden darüber entscheiden, welchen Weg die Politik in unserer Stadt in den nächsten Jahren gehen wird. Die Frage „Wem gehört die Stadt?“ hat dabei auch vor dem Hintergrund der Pandemie und ihrer sozialen und ökonomischen Folgen nichts an Aktualität verloren. Sie ist dabei mehr als die konkrete Frage nach dem Eigentum, sie ist auch die Frage danach, für wen unsere Stadt da ist, wer an ihr teilhaben kann und was sie für uns alle ausmacht. In der Politik werden dabei täglich Entscheidungen getroffen, die die Frage in die eine oder die andere Richtung beantworten können. Deswegen ist es nicht egal, wer regiert und für welche Partei sich die Berlinerinnen und Berliner im nächsten Jahr entscheiden.

Berlin ist eine Stadt voller Widersprüche. Die Stadt ist lebendig, bunt und international. Viele finden hier eine Nische, eine Subkultur und Möglichkeiten sich zu entfalten. Andererseits wird die Obdachlosigkeit sichtbarer, Verkehrsprobleme wachsen, die gefühlte Sicherheit leidet, die Verdrängung von Mieterinnen und Mietern oder von kleinem Gewerbe und Künstler*innen und Kreativen aus dem Kiez und den Freiräumen der 90er Jahre nimmt zu. Wir wollen die Vielfalt Berlins erhalten und gemeinsam mit den Berlinerinnen und Berlinern den sozialen Zusammenhalt stärken. Die Corona-Pandemie und die damit einhergehende Krise haben unser Gemeinwesen einem Stresstest unterzogen. Wie im Brennglas wurde deutlich, welchen unschätzbaren Wert unsere kulturelle und soziale Infrastruktur, eine funktionierende Verwaltung und ein gut ausgestattetes Bildungs-, Gesundheits- und Wissenschaftssystem für unsere Stadt haben. Mit dem Aussetzen der Schuldenbremse, mit milliardenschweren Unterstützungsprogrammen für Wirtschaft und Kultur und auch mit dem Schutz von Mieterinnen und Mieter hat die Politik in Berlin gezeigt, dass sie handeln kann. Das gemeinsame Handeln beim Kampf gegen die Pandemie, aber auch die Unterstützung der Menschen, als Krankenschwester, Busfahrerin, Verkäuferin, bei den Wasserbetrieben und in der Energieversorgung, bei der Polizei und Feuerwehr, genauso wie in den Gesundheits- und Jugendämtern und an vielen Stellen mehr die Stadt am Laufen halten und für uns alle da waren, hat uns gezeigt, zu welcher Solidarität die Menschen fähig und willens sind. Auf diesen Zusammenhalt wollen wir auch in Zukunft setzen und aus der Krise die Lehre mitnehmen, dass die Politik diese Stadt mit den Menschen und für die Menschen zu verändern ist.

29 Den Plan für ein soziales und ökologisches Berlin fortschreiben

DIE LINKE hat in den letzten Jahren im Senat in vielen Politikfeldern den Unterschied gemacht. Vor fünf Jahren haben wir in unserem Wahlprogramm unseren Plan für Berlin formuliert: „Es geht um die Bereitstellung bezahlbaren und energieeffizienten Wohnraums, was nur gelingt, wenn sich die Wohnungspolitik grundlegend ändert. Es geht um Bekämpfung der Armut und der Ausgrenzung. Es geht um die Energieversorgung der Zukunft, den Umbau hin zu einer weitgehenden Versorgung mit erneuerbaren Energien. Es geht um eine Verkehrswende, die Mobilität auch ohne Auto ermöglicht. [...]

36 damit sich die Lebensqualität der Menschen in unserer Stadt weiter verbessert. Wir wollen, dass Berlin
37 Vorbild und Vorreiter für notwendige gesellschaftliche Veränderungen wird.“ – Und wir haben in vielen
38 Bereichen geliefert, um den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt zu stärken und unsere Kieze zu
39 erhalten:

- 40 • Wir haben mit dem **Mietendeckel** den Mietenwahnsinn gestoppt und den Mieterinnen und
41 Mietern eine Verschnaufpause verschafft. Damit ist Berlin beispielgebend für andere
42 Metropolen und Regionen wie etwa Katalonien und London.
- 43 • Wir haben den Bau **neuer Wohnungen** in Berlin deutlich gesteigert. Es wird so viel gebaut wie
44 seit Jahren nicht. Wir werden den Neubau bezahlbarer Wohnungen weiter vorantreiben. Den
45 Ausverkauf von städtischen Grundstücken haben wir gestoppt.
- 46 • Wir haben den Ankauf von mehr als 20.000 Wohnungen durch die kommunalen
47 Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften unterstützt und damit der Spekulation
48 entzogen.
- 49 • Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften haben wir neu ausgerichtet und auf die Schaffung
50 und Bereitstellung von leistbarem Wohnraum verpflichtet.
- 51 • Wir haben als einzige Regierungspartei das Volksbegehren „**Deutsche Wohnen & Co.**
52 **enteignen**“ unterstützt und im Senat durchgesetzt, dass die Initiative das Volksbegehren im
53 Frühjahr fortsetzen kann. Wir werden die zweite Stufe der Unterschriftensammlung als LINKE
54 tatkräftig unterstützen.
- 55 • Wir haben den Preis des **Sozialtickets** deutlich abgesenkt, so dass mehr Menschen mit
56 geringen Einkommen Bus und Bahn nutzen können. Mit dem **kostenlosen Schülerticket** sind
57 Kinder nun nicht mehr auf reiche Eltern angewiesen, um sich in der Stadt frei zu bewegen. Wir
58 arbeiten weiter am Ausbau des ÖPNV zu bezahlbaren Preisen, um den privaten PKW in der Stadt
59 überflüssig zu machen und die Berliner Luft und das Klima zu schützen.
- 60 • Wir haben das **Berliner Stadtwerk** aufgebaut, mit dem Berlinerinnen und Berliner sauberen
61 Strom zu einem bezahlbaren Preis nutzen können, und damit einen Beitrag zum Klimaschutz
62 geleistet. Wir werden weiter daran arbeiten, die Netze und Infrastrukturen in die Hand der
63 Berlinerinnen und Berliner zurückzuholen.
- 64 • Wir haben den **Landesmindestlohn** auf 12.50 Euro erhöht und das **Vergabegesetz** erneuert,
65 damit Menschen von ihrer Arbeit leben können. Wer Aufträge für das Land Berlin ausführt, muss
66 seine Leute anständig bezahlen und soziale wie ökologische Kriterien erfüllen. Das ist gute
67 Arbeit.
- 68 • Das **kostenlose Mittagessen** für Schülerinnen und Schüler schafft endlich die sozialen
69 Unterschiede bei der Versorgung in der Schule ab und lässt niemanden allein. Kein Kind soll
70 hungrig im Unterricht sitzen.
- 71 • Wir haben der **Obdachlosigkeit** in der Stadt den Kampf angesagt. Wir bauen die Hilfsangebote
72 für obdachlose und von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen aus. Mit der Gesamtstädtischen
73 Steuerung der Unterbringung (GStU) wird es möglich, Menschen über Behördengrenzen hinweg
74 schnell und gut ein Dach über dem Kopf zu verschaffen. Niemand soll in Berlin mehr auf der
75 Straße schlafen müssen.
- 76 • **Menschenwürde** ist für uns nicht an Herkunft oder Geldbeutel geknüpft. Wir haben die
77 Unterbringung von Geflüchteten in Massenunterkünften beendet und die Kältehilfe für
78 obdachlose Menschen in den Wintermonaten massiv ausgebaut. Die Politik in Berlin muss sich
79 daran messen lassen, wie sie mit den Schwächsten in unserer Stadt umgeht.

- 80 • Wir haben die **Kulturmetropole Berlin** für viele erlebbarer und sozialer gemacht - mit besseren
81 Zugängen zum 3-Euro-Ticket, mit Tarifen und Mindesthonoraren für Künstler*innen und der
82 Verdopplung der Bezirkskulturfonds.
- 83 • Mit dem ersten **Bibliotheksentwicklungsplan** seit 25 Jahren und mit einer Entscheidung für
84 eine neue **ZLB** starten wir gut vorbereitet in eine nächste Legislatur und stellen die
85 meistbesuchten Kultureinrichtungen der Stadt und ihre unverzichtbaren sozialen Funktionen in
86 den Mittelpunkt.
- 87 • Deutlich mehr festangestellte Lehrer*innen und höhere Honorare in den **Musikschulen** der
88 Stadt sind eine gute Ausgangsposition, um diese unverzichtbaren Einrichtungen in der ganzen
89 Stadt zu stärken; mit mehr Geld für **Kinder- und Jugendtheater** ist der Schwerpunkt kulturelle
90 Bildung als gesellschaftliche Aufgabe untersetzt worden,
- 91 • Der Verdrängung von Künstler*innen und Kreativen haben wir ein **Arbeitsraumprogramm und**
92 **ein Kulturraumbüro** entgegengesetzt, wir schaffen damit Arbeitsplätze und erhalten das
93 kreative Klima in unserer Stadt.

94 **Wir bleiben alle – unser Kampf gegen Verdrängung und für lebenswerte Kieze**

95 Berlin ist eine dezentrale Metropole und unterscheidet sich damit bisher deutlich von anderen
96 Weltstädten. Die Zentren von Paris, London und New York Berlin gleichen Geisterstädten in denen nur
97 noch Platz für Banken und die vermeintlich Schönen und Reichen ist. Berlin ist anders und dies macht
98 unsere Stadt so einzigartig. Unsere Stadt lebt von den Nachbarschaften, den Kiezen und Stadtteilen.
99 Doch diese Eigenheit von Berlin steht unter Druck. Unser Ziel ist es, dass die Kieze in unsere Stadt
100 lebenswert bleiben. . Wir machen Stadtentwicklungspolitik als eine Politik für die Vielfalt und für die
101 Freiräume.

102 Die Berliner Bezirke und Stadtteile leben immer noch von ihrer Durchmischung: Hartz-IV-Beziehende
103 leben dort Tür an Tür mit der BusfahrerIn, dem alleinerziehenden Krankenpfleger, der IT-Spezialistin,
104 den Studierenden, der Rentnerin, der türkischen Familie in dritter Generation und dem Beamten. Sie
105 alle brauchen Infrastruktur, braucht Nahversorgung, Läden, Kneipen und Restaurants, Spätis, Jugend-
106 und Seniorenzentren, KiTas, Bibliotheken, soziale Beratung, Arztpraxen und Grün- und Spielflächen.
107 Gerade die Erfahrung der Pandemie hat noch einmal deutlich gemacht, welche Bedeutung die Kieze
108 haben.

109 Doch unsere Stadtteile stehen immer stärker unter Druck. Explodierende Gewerbemieten bedrohen
110 kleine Betriebe im Einzelhandel genauso wie und Kitas und die Kreativbranche, steigende
111 Wohnungsmieten verdrängen alte und neue Bewohnerinnen und Bewohner. Die Errichtung von
112 Luxuswohnungen und Shopping-Malls, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verändern
113 das Gesicht unserer Nachbarschaften. Hier wird die Frage, wer zukünftig noch zu unserer Stadt gehört
114 und wer nicht, immer greifbarer. Gegen diesen Trend gründen sich immer mehr Kiez-Initiativen und die
115 Berlinerinnen und Berliner wehren sich gegen die Spaltung, die in ihre Heimat getragen wird. Als LINKE
116 unterstützen wir solche Initiativen, wenn Menschen sich gegen Verdrängung und die Spaltung in arm
117 und reich einsetzen.

118 Der Einsatz für bezahlbare Mieten, für gute Löhne und sichere Jobs, für Grünflächen und Freiräume für
119 Kunst und Kultur vor Ort, also für lebenswerte Kieze ist dabei unser Weg für mehr gesellschaftliches
120 Miteinander und gegen die Spaltung in unserer Stadt. Die Berliner Politik muss sich in den nächsten
121 Jahren daran messen lassen.

122 Denn nur eine funktionierende Stadt ist eine soziale Stadt - auch das hat uns die Pandemie noch einmal
123 eindringlich vor Augen geführt. Personal und Ausstattung des öffentlichen Sektors, in Bezirken,
124 Krankenhäusern, Kultureinrichtungen, KiTas und Schulen, aber auch im ÖPNV und bei den Unternehmen
125 der Daseinsvorsorge wollen wir weiter ausbauen.

126 **Sozial-ökologischer Weg Berlins mit einer starken LINKEN fortschreiben**

127 Nach dann fünf Jahren in Regierungsverantwortung gehen wir als Berliner LINKE zuversichtlich in den
128 nächsten Wahlkampf. Wir haben die Stadt und ihre Politik sichtbar verändert. Wir haben deutliche
129 soziale Verbesserungen für die Berlinerinnen und Berliner erreicht und sind der Motor für eine Politik,
130 die der wachsenden Spaltung in Arm und Reich entgegentritt. Wir sind im Wissen um die sozialen und
131 ökologischen Probleme angetreten, haben Lösungen erarbeitet und diese auch durchgesetzt. Wir als
132 LINKE gestalten Berlin mit einer klaren Vision einer lebenswerten Stadt für alle, in der jede und jeder
133 einen Platz hat. Wir setzen uns auf diesem Weg anspruchsvolle, aber realistische Ziele und setzen diese
134 um.

135 Dabei sind wir nah an den Alltagsproblemen der Berlinerinnen und Berliner. Wir sind ansprechbar in den
136 Kiezen und kümmern uns um auch um die kleinen Sorgen in der Stadt.

137 Bezahlbare Mieten bleiben auch im nächsten Jahr die zentrale politische Herausforderung. DIE LINKE
138 hat in diesem zentralen Feld mit Katrin Lompscher eine wirkliche Wende in der Stadtentwicklungspolitik
139 eingeleitet. Mit Sebastian Scheel setzen wir diesen Weg konsequent fort. Der Ausbau des
140 Wohnungsbestands in öffentlicher Hand bleibt unser Ziel. Das sozialpolitische Stückwerk des
141 Vorgängerssenats von SPD und CDU haben wir beendet.

142 Mit Elke Breitenbach hat die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik wieder eine erkennbare Ausrichtung
143 bekommen. Den klaren Einsatz für eine menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten und die
144 dauerhafte Hilfe für obdachlose Menschen sowie für Arbeit von der man leben kann, hätte es ohne DIE
145 LINKE nicht gegeben.

146 **Wir wollen gewinnen**

147 Unser Bürgermeister und Kultursenator Klaus Lederer ist einer der profiliertesten Berliner Politiker. Er
148 hat bewiesen, dass er die vielfältigen Milieus und Lebenswelten unserer Stadt zusammenhalten kann -
149 insbesondere in Zeiten der Corona-Krise. Der Einsatz für kulturelle Einrichtungen von der Hochkultur
150 über die Clubs bis zum Stadtteiltheater, der Jugendmusikschule oder dem Band-Probenraum im Kiez ist
151 ein zentraler Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt jenseits einer um sich greifenden
152 Profitlogik.

153 Es war und ist DIE LINKE, die in diesen schweren Zeiten den Fokus immer wieder auf die Bewältigung
154 der sozialen Folgen der Pandemie gelegt hat. Nie wurde in unserer Stadt deutlicher, wie sehr die
155 Menschen auf einen funktionierenden öffentlichen Gesundheitsdienst, auf leistungsfähige
156 Gesundheitsversorgung, funktionierende Schulen und Kitas und öffentliche Infrastrukturen angewiesen
157 sind. In Zeiten der Krise wird deutlich, wie wichtig der soziale Zusammenhalt in der Stadt ist. Dafür
158 werden wir im nächsten Jahr streiten.

159 Zum jetzigen Zeitpunkt ist offen, welche Mehrheiten nach der nächsten Wahl zum Tragen kommen
160 werden. Klar ist allerdings schon jetzt:: nur mit einer starken LINKEN wird der eingeschlagene Berliner
161 Weg einer sozialen und ökologischen Alternative, einer Stadt für Alle, fortgesetzt werden.

162 Seit vier Jahren sind wir in allen Bezirksverordnetenversammlungen in Fraktionsstärke vertreten. Diesen
163 Erfolg wollen wir im nächsten Jahr noch steigern und in weiteren Bezirken in die Bezirksämter einziehen.
164 Wir wollen in unseren Hochburgen stärkste Kraft bleiben und weiter mit linken
165 Bezirksbürgermeister*innen und mit weiteren linken Stadträt*innen für eine sozial-ökologische Politik
166 vor Ort Verantwortung übernehmen.

167 Bei der Bundestagswahl wollen wir unsere vier Direktwahlkreise verteidigen und in Friedrichshain-
168 Kreuzberg und Mitte direkt in den Bundestag einziehen. Mit einem starken Ergebnis für DIE LINKE in
169 Berlin werden wir den Politikwechsel in der Bundespolitik vorantreiben.

170 Unsere Wahlprogramme – unsere Vorschläge für ein besseres Berlin – auf Landes- und Bezirksebene
171 erarbeiten wir derzeit im Austausch mit Gewerkschaften, Initiativen und fachpolitischen Akteuren. Wir
172 vertrauen auf die Ideen und das große Engagement der Vielen in unserer Stadt und wollen mit ihnen
173 gemeinsam die Stadt verändern. Deswegen stehen wir als einzige der Berliner Parteien fest an der Seite
174 der Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ und werden diesen großartigen Kampf mit all unseren
175 Mitgliedern unterstützen.

176 Wir kämpfen im nächsten Jahr mit aller Kraft für eine Stadtpolitik, die Gestaltungshoheit für die
177 Berlinerinnen und Berliner zurückgewinnt damit die Stadt wieder denen gehört, die hier leben. Wir
178 wollen, dass sich Politik in Berlin um alle Menschen in der Stadt kümmert und niemanden zurücklässt.
179 Wir wollen, dass Berlin anders bleibt.

180 Begründung:

181 Erfolgt mündlich